

Diskussionsbeitrag

Von Max Wingen

1. Die inzwischen unübersehbare und in der Tagespolitik sehr spät aufgegriffene demographische Problemlage unseres Gemeinwesens, insbesondere die Auswirkungen des zu niedrigen Geburtenniveaus, sind in einer engeren Fachöffentlichkeit schon vor über zwei Jahrzehnten deutlich angesprochen worden. Sie wurden aber in der Politik und breiteren Öffentlichkeit immer wieder ausgeklammert. Zu den Gründen für diese kollektive Verdrängung gehört u. a. die Neigung zum Denken in Legislaturperioden (statt in Generationen); es ist im Blick auf die demographische Problemlage jedoch illusorisch, am Beginn einer Legislaturperiode zu säen und an ihrem Ende zu ernten.
2. Hinsichtlich der Bedingungen der frühkindlichen außerhäuslichen Betreuung ist eine Ausgewogenheit in den sozialökonomischen Voraussetzungen zu berücksichtigen, die eine echte Wahlmöglichkeit zwischen eigener Kleinstkinderbetreuung und außerhäuslicher Betreuung bei durchgängiger Erwerbstätigkeit erlaubt. Zur Balance zwischen Übernahme von Elternverantwortung und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit gehört auch, dass den »Realtransfers« einer öffentlich subventionierten außerhäuslichen Kleinkinderbetreuung entsprechende monetäre Transfers für diejenigen gegenüberstehen, die die Pflege und Erziehung des Kleinkindes selbst übernehmen. Hier schlagen in der tatsächlichen Politik nicht selten unterschwellig unterschiedliche Frauenleitbilder in der Familienpolitik durch.
3. Im Blick auf die unterschiedlichen Verhaltensmuster in Bezug auf Familie und Beruf lässt sich ein Defizit auch hinsichtlich des Dialogs zwischen wissenschaftlich-theoretischen Aussagen und tatsächlicher Politik ausmachen. Hier zeigen sich über den Zeitablauf hinweg Mängel im Dialog auf beiden Seiten; dazu gehört auch eine weithin verbreitete Beratungsresistenz der Politik.
4. Zu dem im Blick auf Kinderbetreuung/Erwerbstätigkeit beider Eltern und Geburtensituation immer wieder beschworenen Beispiel Schweden bleibt immerhin daran zu erinnern, dass in Schweden im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts die Geburtenrate um rund 30 Prozent zurückgegangen ist. Ein sehr viel positiver einzuschätzendes Familienpolitikprofil findet sich demgegenüber in Norwegen, auf das hier nur verwiesen werden kann.

5. Zu den Möglichkeiten und Grenzen einer familienbewussten Unternehmenspolitik (Rückfrage von Frau Bundesministerin Rönsch) wäre u. a. auf die Ergebnisse des großen Forschungsprojekts der Hertie-Stiftung in der 2. Hälfte der 90er Jahre hinzuweisen.¹ An der Umsetzung der Ergebnisse wird laufend zwecks größerer Breitenwirkung in der Wirtschaft gearbeitet.

6. Für die 80er Jahre ist im Blick auf die familienpolitischen Herausforderungen insbesondere der demographischen Entwicklung auf den Vierten Familienbericht der Bundesregierung² zu verweisen, in dem vieles schon angesprochen wurde, was inzwischen an Aktualität noch gewonnen hat.

7. Zu der in der Diskussion mehrfach angesprochenen und insbesondere von Prof. Hockerts herausgestellten Frage nach einer Differenzierung der Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung nach der Kinderzahl sei daran erinnert, dass diese – jüngst erneut in den Vordergrund gerückte – Frage schon in den 1980er Jahren in der Diskussion war. So wurde bereits Anfang der 80er Jahre auf einer Fachtagung eine konkrete Ausarbeitung mit entsprechenden rechnerischen Unterlagen vom Verfasser vorgelegt und dort diskutiert.³

1 Artur WOLLERT, *Projektinformation: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Familienorientierte Personalpolitik als Teil der Unternehmenspolitik*, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt/M. 1997; DERS. (Hg.), *Mit Familie zum Unternehmenserfolg. Impulse für eine zukunftsfähige Personalpolitik*, Köln 1998; *Unternehmensziel: Familienbewußte Personalpolitik. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie*, hg. von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Köln 1999.

2 *Vierter Familienbericht: Die Situation der älteren Menschen in der Familie*, Bericht der Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Frau Prof. Dr. Ursula Lehr (zugleich BT-Drs. 10/6145 vom 13.10.1986), Bonn 1986. Zum jüngsten Stand der Diskussion um die demographische Problemlage in unserem Gemeinwesen vgl. Max WINGEN, *Die Geburtenkrise ist überwindbar. Wider die Anzeige zum Verzicht auf Nachkommenschaft* (Connex – gesellschaftspolitische Studien, Bd. 4), Grafschaft 2004.

3 Max WINGEN, *Zur Frage einer Differenzierung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nach der Kinderzahl*. Vortragsmanuskript, Fachtagung der Akademie »Die Wolfsburg«, Mühlheim/Ruhr, Dezember 1981 (hekt.).